

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 17

Artikel: Wiedersehen mit Nicaragua
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094365>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wiedersehen mit Nicaragua

Nach anderthalb Jahren ist Peter Sager wieder in Nicaragua gewesen. In dieser Zeit hat sich etwas geändert. Die Bevölkerung steht nicht mehr hinter dem sandinistischen Regime, sondern nur noch unter ihm.

Ein Westeuropäer kann frei nach Nicaragua reisen. Er braucht kein Visum. Er steigt im Hotel seiner Wahl ab, sofern die Zimmer nicht etwa für Staatsgäste zur Revolutionsfeier vom 19. Juli requiriert sind. Er kann sich frei bewegen, im Land herumfahren und sich mit Oppositionellen treffen. Und Nicaraguaner können das Land verlassen, für kurze oder längere Zeit oder gar für immer, sofern sie nicht militärdienstpflichtig sind. So weit, so gut, weil es kein Schein ist, sondern Wirklichkeit. Allerdings stehen daneben andere Realitäten, und über diese wird nicht immer berichtet.

Es ist früh Nacht in Zentralamerika. Das ist merkwürdig. Denn die Einführung der Sommerzeit würde viel Energie sparen. Jedermann spricht davon, jedem wird sie ans Herz gelegt – ein positiver Zug.

Der Anflug auf Nicaraguas Hauptstadt Managua abends gegen 19 Uhr hat etwas Gespenstiges: wenig Lichter in Häusern, keine Strassenbeleuchtungen. Als ob eine Verdunkelungsvorschrift recht fahrlässig umgangen würde. Auch von Familien, die in der schwülen Abendhitze vor dem Haus um ein spärliches Kerzenlicht sitzen. Energieknappheit anschaulich dargestellt.

Wieviel sind Devisen wert?

Der ausländische Besucher wird als erstes eingeladen, 60 Dollar zu wechseln. Zum offiziellen Kurs von 1 zu 28 erhält er 1680 Cordoba. Dann muss er bei der Passkontrolle anstehen, 15 bis 30 Minuten lang, obschon vier Beamte in Kabinen arbeiten, um das kärgliche Rinnsal von Neuankömmlingen abzufertigen. Die Kabinen sind verhängt und nach sowjetischer Art mit Spiegeln ausgerüstet, so dass der Passagier von Kopf bis Fuss gemustert werden kann. In einer Ecke ist eine Videokamera angebracht, schwenkbar und ferngesteuert; sie erlaubt eine dauernde Überwachung des Raumes.

Schliesslich wartet der Besucher auf das Gepäck – fast eine Stunde lang. Der Zollkontrolle stehen vier Bahnen zur Verfügung: drei Bahnen sind für Leute mit jeweils 1, 2, 3 oder mehr

Gepäckstücken bestimmt; die vierte Bahn ist für «Diplomaten und Journalisten» reserviert. Diplomaten werden bevorzugt behandelt, linke Journalisten und «Internationalisten» auch. Neutrale Journalisten müssen ihr Gepäck öffnen, gelangen jedoch anstandslos durch die Kontrolle.

Ein ärmlich gekleideter Gepäckträger, der sich aufdrängt – mein Koffer ist mit Rädchen versehen –, zögert, 50 Cordoba als Trinkgeld anzunehmen; habe ich mit fast 2 Dollar nicht genug gegeben? Werde ich den reichen Ausländern zugezählt, die man ausnimmt? Später muss ich feststellen, dass mein Trinkgeld weder Drink noch Trank kauft.

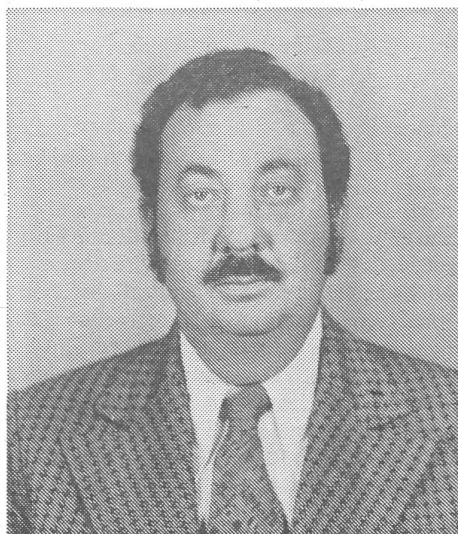
Beim Hotel angekommen, verlangt der Taxichauffeur 1000 Cordoba, also 35 Dollar zum offiziellen Kurs. Ich glaube, nicht recht gehört zu haben, und rufe den Hotelportier zu Hilfe; der aber bestätigt den Preis. Da kommt mir die rettende Idee: Ich biete 10 Dollar an. Der Chauffeur greift mit offensichtlich zufriedener Miene zu. Wie ich den Koffer behändige, sehe ich, dass der Hotelportier vom Chauffeur 2000

Cordoba zugesteckt erhält. Später verstehe ich den Grund.

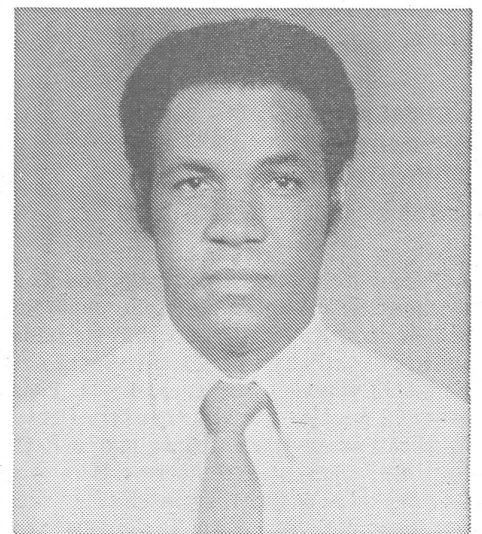
Als ich vor anderthalb Jahren erstmals Nicaragua besuchte, erhielt man auf dem schwarzen Markt für einen Dollar 300 bis 350 Cordoba. Damals hatten mich Bekannte geführt, und die Hotelrechnung wurde mit Kreditkarten beglichen; ich brauchte keine Cordoba. Jetzt war ich auf mich allein und damit auch auf Taxis angewiesen. Und mittlerweile ist der schwarze Markt legalisiert worden. In Wechselstuben erhält man jetzt 700 bis 750 Cordoba für jeden Dollar. Mein Trinkgeld war mickrig gewesen, weil 50 Cordoba eben lange nicht den Realwert von 2 Dollar haben. Dagegen hatte ich mit meinen 10 Dollar das Taxi überzahlt. Dessen Fahrer erhielt 7000 statt 1000 Cordoba; begreiflich, dass er den Hotelportier mit 2000 Cordoba entschädigte. So kann er eines Gegendienstes sicher sein.

Die Wirtschaftslage Nicaraguas hat sich in diesen anderthalb Jahren erheblich verschlechtert. Jetzt wird das Handelsembargo der USA dafür verantwortlich gemacht, zuvor hatte man die Schuld allein den Contras zugeschoben, den antisandinistischen Guerilla. Indes ist die Ursache in der katastrophalen Wirtschaftspolitik der sandinistischen Regierung zu finden. Diese folgt dem osteuropäischen «Vorbild» mit dem Aufbau teurer bürokratischer Kontrollen, mit der überaus kostspieligen Militarisierung, mit dem Abbau wirtschaftlicher Anreize.

Die völlige Inkompetenz in nationalökonomischen Angelegenheiten ist augenfällig. Der Hartwährungserlös ist 1984 auf rund 350 Mil-



«Prensa»-Chefredaktor Jaime Chamorro: «Wir dürfen zu Alibizwecken noch etwas Opposition markieren.»



Der Gewerkschaftler Alvin Guthrie: ein echter Held im heutigen Nicaragua, wo freie Arbeiterorganisationen unerwünscht sind.

tionen Dollar gesunken, etwa 70 Mio Dollar weniger als im Jahr zuvor oder auf rund die Hälfte des Erlöses zur Zeit der Diktatur Somozas. Ausreichende Wirtschaftshilfe vermag die Sowjetunion angesichts der eigenen Wirtschaftskrise nicht zu leisten; die sowjetischen Waffenlieferungen jedoch müssen bezahlt werden, mit Zucker, Kaffee und Fleisch aus Nicaragua.

Grauer Markt und Korruption

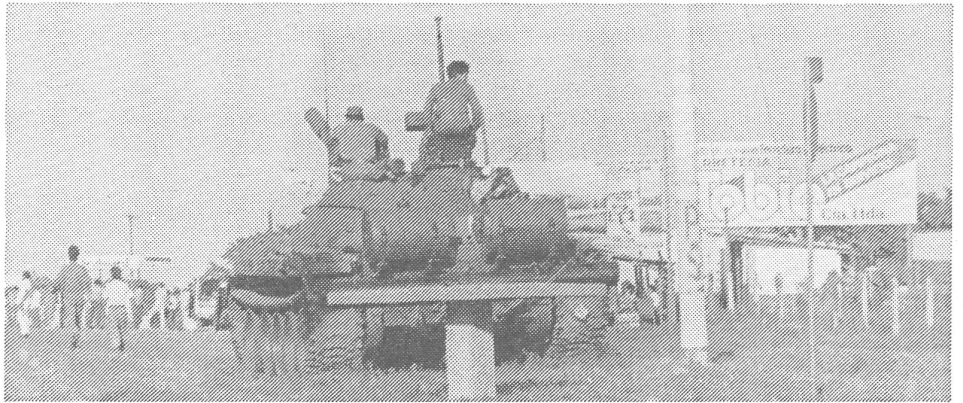
Kein Wunder, dass sich das Regime der Sandinisten des schwarzen (oder parallelen) Marktes bedient – und damit die Korruption verstärkt. Die lebensnotwendigen Güter sind rationiert, aber die Rationierungskarten verschaffen keinen Anspruch auf Konsumgüter. Diese werden zum Teil in den «freien Markt» umgelenkt, wodurch Ministerien (und korrupte Beamte) ganz erhebliche Gewinne erzielen können. Ein kürzlich erlassenes Gesetz erlaubt nämlich den Verkauf einer Ware zum erzielbaren Preis unter der Bedingung, dass die Differenz zum «offiziellen» Preis dem Staat (oder eben einem korrupten Beamten) abgeliefert wird. Hier die Methode, wie sie praktiziert wird.

Einem Schuhgeschäft werden 500 Paar Leder-schuhe zugeteilt. Davon gelangen 400 Paar in den offiziellen Verkauf gegen Rationierungskarten zum Preis von heute rund 1200 C; 100 Paar werden auf dem geduldeten parallelen Markt zu gegenwärtig etwa 6000 C abgegeben. Der so erzielte, zusätzliche Gewinn beträgt 500 000 C; davon erhält der Staat vielleicht 300 000 C, und die restlichen 200 000 C fließen der Korruption zu.

Der Bürger kann seine Rationierungskarten nur in dem ihm zugewiesenen Geschäft einsetzen. 500 Kunden unseres Schuhladens erhielten je einen Coupon für ein Paar Schuhe. Somit gehen 100 Menschen leer aus oder müssen sich auf dem parallelen Markt eindecken. Das ist bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 10 000 bis 30 000 C für qualifizierte Arbeiter nicht eben leicht. Zumal auf dem parallelen Markt eine Hose 7000 und ein Hemd 4000 C kosten.

Zuerst kam die sandinistische Militarisierung, dann kamen die Contras

Auf diese Weise schwillt der Strom von Korruptionsgeldern stetig an. Er ist mitverantwortlich für die starke Nachfrage nach Dollars. Ein anderer Grund ist in der Fluchtbewegung zu finden. Es gibt viele Menschen, die das Land verlassen möchten. Sie verkaufen ihre Habseligkeiten und erwerben Dollars, um im Asyl-land wenigstens über ein bescheidenes Anfangskapital zu verfügen. Typisch für ein Land, das sich dem Marxismus-Leninismus verschreibt, ist denn auch die Fluchtbewegung: 500 000 – ein Nicaraguaner auf sechs – haben das Land bereits verlassen.



Panzer in Managua. (Bild: Edgar Lamm)

Verantwortlich dafür – wie überhaupt für die allgemeine Krise Nicaraguas – sind die Repressionsmassnahmen eines Regimes, das sich zur Sicherung der eigenen Macht und aus ideologischer Verblendung zum Satelliten Moskaus durchmauern will. Als am 19. Juli 1979 der Diktator Somoza gestürzt wurde, hatte nicht eine echte Revolution den Sieg errungen, sondern bloss die Machtübernahme durch eine andere Diktatur stattgefunden. Damals allerdings hatte das Volk an Befreiung und Demokratisierung geglaubt; neun Zehntel der Bevölkerung hatten die Sandinisten unterstützt. Doch schon Stunden nach der Machtübernahme der Sandinisten standen die ersten kubanischen «Berater» vor der Tür und reorganisierten den Sicherheitsdienst. Die Militarisierung wurde im Herbst 1979 beschlossen, als das Regime noch die erhöhte Unterstützung der USA genoss und als es noch keine Contras gab.

Der private Sektor

Eine beschränkte Nationalisierung der Wirtschaft (vorab der Banken), der Aufbau einer pluralistischen Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte, sodann die Abhaltung freier Wahlen innert zweier Jahre nach dem Sturz Somozas: das waren die wichtigsten Versprechen der Sandinisten vor der Machtübernahme gewesen. Nachher wurden diese angeblichen Ziele rasch vergessen.

Der private Sektor der Wirtschaft – angeblich zwei Drittel umfassend – erfährt fast täglich kleine, aber stetige Behinderungen und Beschränkungen. Die bürokratischen Vorschriften wirken sich zunehmend lähmend aus und haben gefährliche Rechtsunsicherheiten zur Folge. Devisen für Investitionsgüter und Ersatzteile werden dem staatlichen Sektor bevorzugt zugeteilt und der privaten Wirtschaft mehr und mehr entzogen. Die landwirtschaftlichen Produkte werden vom Staat zu Preisen übernommen, die er festsetzt und die oft nicht kostendeckend sind. Devisenerlöse aus Exporten fallen den Produzenten in einem immer enger begrenzten Ausmass zu. Wer sich dagegen wehrt, wird bestraft. Ein Beispiel dafür ist der Fall Enrique Bolanos.

Die bedeutendste Organisation der privaten Unternehmen ist der COSEP (Consejo Superior Empresa Privada de Nicaragua). Sie wehrt sich für den privaten Sektor. Ihr Präsident

wurde kurz nach der Revolution ermordet, nach allgemeiner Auffassung von Attentätern, die von den Sandinisten gedungen worden waren. Der heutige Präsident ist Enrique Bolanos, auch er ein integrier Mann, der schon gegen Somoza gekämpft hatte. Mit zwei Brüdern, den drei Ehefrauen und mittlerweile 20 Kindern hatte er eine Baumwollplantage in über 20-jähriger Arbeit zu voller Blüte gebracht, nicht zuletzt dank vorbildlicher sozialer Einstellung.

Bewaffnete Soldaten führten im Frühjahr widerrechtlich eine Hausdurchsuchung durch und behändigten Geschäftsbücher und Rechtstitel. Darauf wurde die Plantage ebenso widerrechtlich beschlagnahmt. Um den Schein der Legalität zu wahren, erhielt die Familie Bolanos eine dreitägige Appellationsfrist eingeräumt, die mangels Unterlagen gar nicht ausgeschöpft werden konnte.

Enrique Bolanos bleibt dennoch im Land; er kämpft weiter aus patriotischer Überzeugung und ethischer Verpflichtung. Im Regal hinter seinem Schreibtisch stehen die gesammelten Werke Lenins in spanischer Sprache. Er hat sie gelesen und die kommunistische Ideologie studiert. Er kennt den Totalitarismus freilich nicht nur aus dem Studium der Theorie, sondern auch aus dem doppelten Anschauungsunterricht des nun überwundenen Somozismus und des jetzt regierenden Sandinismus.

Die Minifreiheit für die Opposition: Provisorium und Alibi

Die Pressefreiheit erfährt täglich Einschränkungen. «La Prensa», die unter der Leitung des 1978 ermordeten Pedro Joaquin Chamorro konsequent die Somoza-Diktatur bekämpft hatte (Chamorro selbst gehörte zu den Gründern der Sandinistischen Regierungsfront und sass jahrelang in Somozas Gefängnissen), hat unter der Leitung des Sohnes Pedro Joaquin junior den mutigen Einsatz für die Demokratie fortgesetzt im Kampf gegen das in den Marxismus-Leninismus abgeglittene Regime der Sandinisten.

Vor anderthalb Jahren habe ich mich mit ihm im Büro der «Prensa» unterhalten. Vor einem halben Jahr ist er wegen der Bedrohung seines Lebens und seiner Familie nach Costa Rica

exiliert. Jetzt hat Onkel Jaime Chamorro die Leitung der «Prensa» übernommen. Er berichtet nicht nur vom schier hoffnungslosen Unternehmen, sich der Zensur und anderer täglicher Behelligungen zu erwehren. Er beantwortet die Frage, warum es überhaupt noch eine oppositionelle Zeitung (und einen privaten Wirtschaftssektor sowie freie Gewerkschaften und bürgerliche Parteien) gibt, überzeugend mit dem Hinweis auf die Alibis, auf welches die Sandinisten angewiesen bleiben. Sie selbst schicken ausländische Besucher zu ihm und anderen Oppositionellen zum Beweis, dass Kritik in Nicaragua geäußert werden dürfe.

Das haben mir etliche andere Persönlichkeiten bestätigt, so der Präsident der vermutlich stärksten Partei, nämlich der konservativen Partei, Mario Rappaccidli, der den Kampf unter schweren Bedingungen und trotz wirtschaftlicher Benachteiligung weiterführt. Für den Parteikongress, der am 21. Juli stattfinden sollte, hatte er noch am 17. Juli kein Lokal finden können. Verstaatlichte Hotels hatten vorweg abgelehnt, und Zusagen privater Lokalbesitzer mussten unter dem Druck von Repressionsdrohungen zurückgenommen werden. Mit beispielhafter Zivilcourage ist auch Rappaccidli bereit, den Kampf für die Demokratie so lange zu führen, als er überhaupt kann.

Das sind nicht leere Worte; es gibt auch andere Stimmen. Der Sekretär einer Branchenvereinigung der Privatwirtschaft, der die Wirtschaftslage Nicaraguas hervorragend kennt, zeichnet ein vernichtendes Bild. «Ich rede, solange die Regierung noch eine Opposition benötigt. Wenn das nicht mehr der Fall ist, werde ich auf den ersten Wink hin schweigen; ich habe eine Familie und bin kein Held.»

Ein moderner Held ist dagegen Alvin Cuthrie, ein Schwarzer aus dem Nordosten des Landes. Seine Muttersprache ist Englisch, und er gehört

der Mährischen Bruderschaft an; diese hat die Schwarzen und die Indianer an der Atlantikküste missioniert. Guthrie ist 37jährig, Rechtsanwalt und Generalsekretär der CUS (Confederación del Unidad Sindical), eine freie Gewerkschaft, die dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften angehört. Die sandinistische Gewerkschaft dagegen ist Mitglied der sowjetischen Frontorganisation «Weltgewerkschaftsbund» mit Sitz in Prag.

In einem Land mit marxistisch-leninistischem Regime sind freie Gewerkschaften mit Schwierigkeiten konfrontiert, welche Gewerkschaften in freien Ländern kaum errahnen können. Hier einige Beispiele aus Nicaragua.

Freie Gewerkschaft: Nähkurs mit Zeitungspapier

Die Arbeiter in staatlichen Betrieben und die Angestellten der öffentlichen Hand müssen der sandinistischen Gewerkschaft CTS (Centro de Trabajadores Sandinistas) angehören. Da die Verstaatlichung langsam, aber sicher fortschreitet, verlieren die freien Gewerkschaften Mitglieder an die staatliche Gewerkschaft. Um nicht langsam abgewürgt zu werden, versuchen sie, Produktionsgenossenschaften zu gründen. Ferner bauen sie mit ausländischer Hilfe Schulen zur gewerblichen Ausbildung. Selten wird einem Beobachter die enge Verbindung zwischen Privatwirtschaft und freier Gewerkschaft so eindrücklich vor Augen geführt wie in Nicaragua.

Nördlich von Managua hat eine freie Gewerkschaft dank der Unterstützung einer kanadischen Organisation eine Schule für Näherinnen gebaut. Bei der Eröffnung am 1. 5. 84 wurde die Schule von sandinistischen Aktivisten besetzt. Proteste – namentlich internationale – ermöglichten dennoch die Eröffnung einige Tage

später. Zur Ausbildung hatten sich 162 Mädchen angemeldet, aber nur 75 nahmen den Kurs auf; die andern waren mit Drohungen zum Verzicht genötigt worden. Für den zweiten Kurs meldeten sich über 200 Mädchen an, mehr als aufgenommen werden konnten, da es an Nähmaschinen und Arbeitsplätzen fehlt. Auch an Material: Die Mädchen erlernen ihr Handwerk zuerst mit Zeitungspapier! Erst am Schluss ihrer Ausbildung können sie sich einen Rock schneiden.

Am Ende des zweiten Kurses – Anfang Mai dieses Jahres – wollten die Mädchen in ihren selbstgeschneiderten Röcken einen Umzug organisieren und erhielten die dafür nötige schriftliche Genehmigung von der zuständigen Militärbehörde. Dem Umzug wurde so viel Aufmerksamkeit zuteil und er zog so viele Leute an, dass der Polizist einschreiten wollte. Als ihm die schriftliche Erlaubnis vorgelegt wurde, zerriss er sie mit der Bemerkung, für Demonstrationen sei er allein zuständig.

Die Angst der Sandinisten vor freien Gewerkschaften, aber auch vor freien Wahlen, freier Wirtschaft und freier Presse ist offensichtlich sehr gross.

Warum werden die ohnehin eingeschränkten Freiheiten denn nicht gänzlich aufgehoben? Die Antwort ist simpel und komplex zugleich. Simpel deshalb, weil sonst der letzte Bürger im In- und im Ausland begreifen würde, dass in Nicaragua ein kommunistisches Regime nach osteuropäischem Vorbild aufgebaut werden soll, weil diese Bürger solche Erkenntnis sonst nicht mehr mit dem Hinweis auf eine doch vorhandene Opposition verdrängen könnten. Komplex ist die Antwort deshalb, weil die Lage Nicaraguas im Zusammenhang mit der sowjetischen Weltpolitik gesehen werden muss und als eine ihrer Wirkungen Rückschlüsse auf die Lage der UdSSR zulässt. Moskau ist angesichts der eigenen Wirtschaftskrise nicht mehr fähig, eine ausreichende Hilfe zu gewähren. Um westeuropäische Hilfe überhaupt erhalten zu können, darf die Opposition noch nicht total unterdrückt werden.

Die Rechnung für diese verfehlte Politik bezahlt das Volk von Nicaragua, das mit überwältigender Mehrheit die Sandinisten beim Sturz Somozas unterstützt hat. Vor anderthalb Jahren sagte man mir, dass noch 35 bis 45 % des Volkes hinter den Sandinisten stünden. Jetzt wurden mir Zahlen von 15 bis 25 % genannt.

Gewiss, diese Zahlen sind nicht das Ergebnis zuverlässiger Meinungsumfragen. Das Regime verbietet solche Erhebungen. Sie geben jedoch Eindrücke wieder. Und dafür fand ich bemerkenswerte Bestätigungen. Ein südamerikanischer Berater, der in einem verstaatlichten Unternehmen tätig ist und im täglichen Kontakt mit Arbeitern steht, fasste deren Auffassung kurz und ernüchternd so zusammen: Unter Somoza hätten sie es materiell und ideell besser gehabt. Das ist eine traurige Bilanz für ein Regime, das aufbrach, einen korrupten Diktator zu stürzen, um die Demokratisierung einzuleiten.

Peter Sager



Propagandaplakat in Managua: «Tausende von Jungmännern Sandinos im patriotischen Militärdienst.» (Bild: Edgar Lamm)